

Um wessen Nutzen geht es?



Désirée: „Ich will mit Menschen arbeiten, nicht am Schreibtisch Bürokratie erledigen“, habe ich schon mit 10 Jahren gedacht. Erst recht, als ich nach der Schule eine Ausbildungsstelle gesucht habe. Wegen der Vorbehalte gegenüber meiner Behinderung habe ich auf dem allgemeinen Ausbildungsmarkt alleine nichts gefunden. Auf der Suche nach Unterstützung und Nachteilsausgleichen habe ich mich ans Arbeitsamt gewandt. Dort ist mir regelmäßig nahegelegt worden, eine Büroausbildung im Berufsbildungswerk für behinderte Menschen zu machen. Meine eigenen Vorschläge, Fähigkeiten und Wünsche sind immer wieder übergangen worden. Jede Beratung lief ungeachtet dessen auf dasselbe hinaus. Sogar die Tatsache, dass ich aufgrund meiner Behinderung nur schlecht am Computer tippen kann, ist nicht berücksichtigt worden.

Ich bin tatsächlich in einem teuren Berufsbildungswerk zur Kauffrau für Bürokommunikation ausgebildet worden. Denn für keine andere Berufsausbildung hätte ich Unterstützung bekommen.

Außer unbezahlten Praktika konnte ich nie in diesem Beruf arbeiten.

Seit ich 28 Jahre alt bin, studiere ich endlich Soziale Arbeit. Um das machen zu können, habe ich 3 Jahre lang mit einem Anwalt dafür gekämpft. Denn die Miete für die Rollstuhlwohnung, die ich brauche, ist fast so hoch wie der Bafög-Höchstsatz. Ohne meinen Anwalt hätte ich keine Unterstützung für den behinderungsbedingten Mehrbedarf an Miete bekommen.

Wenn ich mich als Studentin eingeschrieben hätte, ohne vorher die komplizierte Sonderregelung zu erstreiten, wäre mir umgehend mein bisheriger Lebensunterhalt und damit auch die teure Rollstuhlwohnungsmiete gestrichen worden. Ich habe über 2 Jahre intensiv und manchmal auf abenteuerlichen Wegen gesucht, um überhaupt eine geeignete

Rollstuhlwohnung zu finden. Auch wenn sie verdammt weit außerhalb liegt. Diese Wohnung wieder zu verlieren, weil über mehrere Monate keine Miete gezahlt wird, wollte ich nicht riskieren.

Zusätzlich zu der vielen Lebenszeit, die mich selbst die unpassende Ausbildung in der Behinderteneinrichtung gekostet hat, haben wir Steuerzahler_innen einen hohen Betrag an Geld dafür bezahlt. (Laut einer Studie im Auftrag Bundesarbeitsgemeinschaft der Berufsbildungswerke (https://www.bagbbw.de/w/files/uploads-veroeffentlichungen/1_studie-bildungswerke.pdf), die aus naheliegenden Gründen nicht kritisch, sondern positiv gegenüber Berufsbildungswerken eingestellt ist, kostet eine 3-jährige Ausbildung im Berufsbildungswerk ca. 120.000 € pro Person, also ca. 3330 € jeden Monat.) Hätte man mit dem Geld nicht viel besser andere berufliche Wege unterstützen können? Die mir selbst genutzt hätten und mir berufliche Perspektiven eröffnet hätten? Und nicht nur dem Berufsbildungswerk zu einem höheren Umsatz verholfen hätten?

Text und schriftliche Zusammenfassung von Desirees Erfahrungen: Cassandra Ruhm.

Desirees Geschichte ist kein Einzelfall. Es gibt typische gesellschaftliche Strukturen.

- Von Menschen, die zu Bürofachkräften ausgebildet wurden, obwohl diese Ausbildung nicht zu ihren Neigungen oder nicht zu ihren Einschränkungen und Stärken passte, hört man unter behinderten Menschen oft. Viele finden nach dieser **typischen Berufsbildungswerk-Ausbildung** keinen Arbeitsplatz oder sind dort unglücklich.
- Auch in den sogenannten **Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM)** oder in Behindertenheimen und -Wohngruppen kann es fraglich sein, in welchem Mischungsverhältnis es bei der Arbeit dort um die Interessen von behinderten Menschen oder um die wirtschaftlichen Interessen der Behinderteneinrichtung geht. Offiziell werden z.B. die WfbMs dafür bezahlt, dass sie Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation durchführen und das Ziel verfolgen, behinderten Menschen den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Tatsächlich werden nur unter 1 % der Beschäftigten auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelt. Die Finanzierung der WfbMs wird dadurch jedoch nicht in Frage gestellt. Das Durchschnittseinkommen der behinderten Beschäftigten beträgt gut 200 €. Im Monat.
- Erstaunlich viele der **Kunst-, Kultur- oder Freizeit-Projekte, die sich „inklusiv“ nennen** oder die extra für behinderte Menschen da sind und dafür finanziert werden, stehen unter größtenteils nichtbehinderter Leitung. Oder haben 90 - 100 % der bezahlten Arbeitsstellen mit Nichtbehinderten besetzt. Behinderte Menschen dürfen teilnehmen. Oder wenn es hoch kommt, auf 1-Euro-Jobs arbeiten. Aber die entscheidenden Positionen sind meistens mit Nichtbehinderten besetzt. Das heißt nicht, dass dort automatisch schlechte Arbeit geleistet würde. Aber wäre die Arbeit denn schlechter, wenn z.B. 50 % der Positionen von behinderten Menschen besetzt wären? Ähnlich ist es, wenn die „Fachleute“ auf einer Tagung zu behinderungsspezifischen Themen außer einem „Quoten-Behinderten“ alle nichtbehindert sind. Sicher kann man sich gut damit darstellen, etwas „für Behinderte“ zu machen. Die Entlohnung durch soziale Anerkennung kann sehr angenehm sein. Aber es gibt auch viele Expert_innen in eigener Sache, die durch ihre

tägliche Erfahrung mit ihren Behinderungen ein umfangreiches und grundlegend wichtiges Wissen weiterzugeben haben. Und vielleicht sogar einschlägige akademische Abschlüsse noch dazu.

- Etliche nichtbehinderte Mitarbeiter_innen von Angeboten für behinderte Menschen haben **kaum gleichberechtigte Kontakte mit behinderten Menschen**. Das heißt, sie haben nur bezahlt mit behinderten Menschen zu tun.
- Manchmal (nicht immer!) sind nichtbehinderte Menschen vor Publikum nett zu jemandem mit einer offensichtlichen Behinderung. Anscheinend, um **sich vor anderen gut darzustellen**. Aber ganz normal zusammen Kaffee zu trinken und sich vielleicht anzufreunden, wenn kein Publikum zusieht, dazu kommt es nicht.

Das Poster will auf keinen Fall sagen, Menschen, die in Behinderteneinrichtungen arbeiten, wären automatisch schlechte Menschen. Natürlich kann man in Behinderteneinrichtungen arbeiten und versuchen, möglichst gute Lebensbedingungen für behinderte Menschen zu erreichen. Es ist die Frage, wie man mit Interessenkonflikten zwischen wirtschaftlichen Interessen von Anbietern oder Selbstdarstellungswünschen von nichtbehinderten „Fachleuten“ auf der einen Seite und behinderten Menschen auf der anderen Seite umgeht.

Zum Weiterlesen:

[Zum Thema Arbeit](#)

[Inklusion allgemein](#)

[Der Behinderung angemessen?](#)

Veröffentlicht zuerst am 12.02.2018 beim Internet-Nachrichtenmagazin Bizeps-Info des Wiener Zentrums für Selbstbestimmtes Leben Bizeps, Um wessen Nutzen geht es?, Ruhm, Cassandra (2018), <https://www.bizeps.or.at/um-wessen-nutzen-geht-es/>

Außerdem veröffentlicht in der Reihe:

„Poster der Woche“ in den Kobinet-Nachrichten, Tagesaktueller Nachrichtendienst zur Behindertenpolitik am 3.10.2020

Beim Bild auf der 1. Seite handelt es sich um das 40. Poster meiner Poster-Serie „bunt ist schöner“ über gesellschaftliche Vielfalt und für Respekt: <http://poster.kassandra-ruhm.de>

Bildbeschreibung für Blinde und Sehbehinderte:

Eine junge, afro-deutsche Frau fährt mit ihrem Rollstuhl seitlich aus dem Bild heraus. Sie guckt verärgert in die Kamera und zieht eine Grimasse. Ihr Text: Um wessen Nutzen geht es? Sollen spezielle Behinderten-Angebote eigentlich behinderten Menschen nutzen – oder in erster Linie Nichtbehinderten, die damit Geld verdienen oder sich gut darstellen wollen?

Zur Person: Désirée, mehr Infos online